

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

in Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 16

Hamburg, den 16. April 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Die Unerfüllbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen II.....	Seite 237
Länder-Berichte:	
Rußland	238
England	240
Japan	242

Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Geld und Kapital	Seite 244
Schifffahrt und Schiffbau	247
Neueingänge	248

Die Unerfüllbarkeit der feindlichen Kohlenforderungen II

Nachdem die Zahlen über die Jahresförderung Deutschlands für 1919 vorliegen, verfügen wir über eine sichere statistische Grundlage zur Beurteilung der feindlichen Kohlenforderungen, ausgehend vom heutigen Stande unseres Wirtschaftslebens.

Im Jahre 1919 wurden in Deutschland insgesamt 116,5 Mill. t Steinkohle gefördert, (Lothringen 2,326 Mill. t und Luxemburg nicht mitgerechnet). Davon entfielen auf die staatlichen Saargruben 8,227 Mill. t, so daß nach Abzug dieser Produktion ein Rest von 108,3 Mill. t bleibt. Oberschlesien brachte 1919 24,78 Mill. t Steinkohle hervor. Würde Deutschland auch dieses Gebiet entrisen, so bliebe mithin nur noch eine Jahresförderung von 83,5 Mill. t, wovon 71,24 Mill. t auf den Ruhrbezirk kämen. Der Gefahr feindlichen Zugriffs unterliegt infolge der Besetzung des linken Rheinufers schließlich noch der Wurm-Bezirk (bei Aachen), der 1913 3,26 Mill. t, 1919 2,52 Mill. t Steinkohle erzeugte.

Den Kohlenverbrauch des verstümmelten Deutschen Reiches haben wir in Nr. 15 des „W.-D.“ v. 9. 4. auf 134,3 Mill. t berechnet, nach Maßgabe des Jahres 1913. Bei gleichbleibendem Verbrauch für 1919 stände nach den obigen Darlegungen diesem Bedarf eine Erzeugung von 108,3 Mill. t gegenüber, so daß also bereits ein Mißverhältnis zwischen beiden vorhanden wäre, das in der ganz erheblichen Differenz von 26 Mill. t Minderförderung ihren zahlenmäßigen Ausdruck findet. Ist dieses Bild schon schwarz genug, — obwohl es noch keinerlei feindliche Ansprüche und überhaupt keinerlei Ausfuhr berücksichtigt, sondern nur ein sich selbst überlassenes Deutschland wiedergibt —, so erscheint die deutsche Kohlenlage geradezu hoffnungslos für den Fall, daß auch noch Oberschlesien (mit weiteren 24,78 Mill. t Förderung 1919) verloren gehen sollte. Und dieses Deutschland soll auch noch einen Kohlen tribut in phantastischer Höhe entrichten!

Die im Friedensvertrag verlangte Höchstmenge von 43½ Mill. t würde nicht weniger als den 2,5ten Teil der deutschen Gesamtförderung im Jahre 1919 ausmachen, rechnet man die Förderung Oberschlesiens ab, sogar mehr als die Hälfte der

gesamten deutschen Erzeugung! Die „Herabsetzung“ der feindlichen Kohlenforderungen auf 20 Mill. t jährlich würde immer noch eine Beschlagnahme der deutschen Kohlenförderung in Höhe von etwa 20 bzw. 25% darstellen.

Nach Abzug der feindlichen Höchstforderungen bleiben Deutschland 108,3 — 43½ Mill. t = 64,8 Mill. t eigener Förderung (ohne Oberschlesien gar nur noch 40 Mill. t). Bringt man „nur“ 20 Mill. t in Abzug, so bleiben uns 88,3 (ohne Oberschlesien 63,5) Mill. t. Dem stünde ein deutscher Bedarf von 134,3 Mill. t gegenüber.

Nun wird man einwenden, daß diese Verbrauchszahl auf Grund des Standes von 1913 gewonnen ist. Dazu stellen wir zunächst fest, daß die verlorenen Gebiete bereits in Abrechnung gebracht worden sind. Dann aber ist der Bedarf an Steinkohle vielfach nicht kleiner, sondern sogar größer geworden, weil der durch den Krieg veranlaßte, schlechte Zustand der Feuerungsanlagen und Maschinen einen stärkeren Verbrauch hervorruft, weil die Qualität der Steinkohle namentlich infolge der starken Beimengung von Steinen sehr gesunken ist, und weil es nicht mehr möglich ist, immer wie im Frieden, gerade die Heizart und die Kohlensorte in Anwendung zu bringen, die für die jeweilige Art des Verbrauches am günstigsten sind. Das sind nur einige der zahlreichen technischen Gründe für den deutschen Mehrbedarf.

Betrachtet man das Darniederliegen so gut wie aller deutschen Industriezweige infolge des Kohlenmangels, so weiß man, was das gewaltige Zurückbleiben der Kohlenlieferungen gegenüber dem Bedarf für unser Wirtschaftsleben bedeutet. Denn diese Industrien rühren großenteils aus der Friedenszeit her, haben daher auch mindestens den friedensmäßigen Bedarf. Es würde hier zu weit führen, Beispiele für die deutsche Kohlennot wiederzugeben. Man begegnet ihnen ja auch täglich und stündlich. Nur eines sei hervorgehoben: Es war uns nicht möglich, der furchtbaren Wohnungsnot Herr zu werden, weil die Kohle fehlte!

Wir hätten also wirklich genug mit uns zu tun, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die deutsche Förderung

nicht mehr ausreicht, um unsern notwendigen Verbrauch zu befriedigen. Bis zur äußersten Grenze des Möglichen müßten wir uns einschränken, selbst wenn uns die Feinde ganz in Ruhe ließen. Geradezu qualvoll aber wird unsere Lage, wenn die Feinde dessenungeachtet auf ihren Shylock-Forderungen bestehen. Wo wäre da ein Ausweg? Gegen mangelnden guten Willen gibt es kein Mittel. Sollen dumpfe Verzweiflung, unterbrochen nur durch immerwiederkehrende Peinigung von seiten der Gefühl- und Mitleidlosen das Schicksal des deutschen Volkes sein?

Von der deutschen Förderung sind — um nur die wichtigsten Zahlen herauszugreifen — nach heutigen Verhältnissen jährlich zu bestreiten:

Zechenselbstverbrauch (nach dem Durchschnitt der Monate Juli/Dezbr. 19)	17,9 Mill. t
Gewichtsverlust bei der Kokserzeugung	7,0 " "
für Eisenbahnen	15,0 " "
" Schiffahrt	3,0 " "
" Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke	12,0 " "
	<u>54,9 Mill. t</u>

Eine Einschränkung ist hier unmöglich. Unumgängliche Lieferungen sind ferner auf Grund von Abkommen auszuführen: an Deutsch-Österreich (1,8 Mill. t), die Tschecho-Slowakei (1,2 Mill. t), Polen und Westpreußen (3 Mill. t), wodurch sich die Gesamtmenge von 54,9 auf 60,9 Mill. t erhöht.

Bringt man diese 60,9 Mill. t in Abzug von der deutschen Jahresförderung 1919, (die 1920 nicht wesentlich überschritten werden dürfte), so bleibt eine Menge von $108,3 \div 60,9 = 47,4$ Mill. t für Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft. Und von diesen 47,4 Mill. t sollen $43\frac{1}{2}$ bzw. 20 Mill. t an die Feinde abgeführt werden, obwohl sie sich durch lebensnotwendige Lieferungen an neutrale Staaten noch verringert. Die Tat-

sache feststellen heißt den feindlichen Forderungen das Urteil sprechen.

Für Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft stände uns in einem Falle überhaupt keine Kohle mehr, im andern eine für diese Zwecke unbedeutende Menge von etwa 20 Mill. t zur Verfügung, wenn man die weiteren Lieferungen an Neutralien mit nur 7,4 Mill. t bemißt. Dabei betrug der Kohlenverbrauch allein der Industrie in dem verkleinerten Deutschland (nach Angaben von Dr. Jüngst) im Jahre 1913 nicht weniger als ca. 65 Mill. t!

Die Förderung Oberschlesiens ist in obiger Aufstellung miteinbezogen. Es ist schlechterdings unerfindlich, wie die Feinde auf den Gedanken kommen konnten, Oberschlesien zu amputieren und anderseits doch noch Kohle von uns zu verlangen. Die eine Forderung untergräbt die andere ohne weiteres. Ein Verlust der ober-schlesischen Förderung wäre nach dem Stande des Wirtschaftslebens von 1913, wie wir früher sahen („W.D.“, Nr. 15 v. 9. 4.) überaus schmerzlich gewesen. Er hätte Kohlenherzeugung und -verbrauch für Deutschland in Gleichgewicht gebracht und einen Export von Kohle ausgeschlossen. Unter heutigen Verhältnissen, wo schon, wenn Oberschlesien uns bleibt, nicht einmal entfernt dieses Gleichgewicht besteht, müßte seine Abtretung einer Katastrophe gleichkommen. Äußerste Einschränkung, bis zur Selbstaufgabe, das Ertragen bitterster Not, auch dies würde es Deutschland unmöglich machen, selbst die kleinsten Mengen an die Feinde abzugeben, während doch 1919 eine immerhin nennenswerte, wenn auch natürlich in keinem Verhältnis zu den irrsinnigen Forderungen des Friedensvertrages stehende Tonnenzahl unter den schwersten Opfern und Entbehrungen den frierenden Deutschen entzogen und den Feinden als Tribut entrichtet werden konnte.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Rußland

Abneigung gegen die Ententewaren — Vergebung von Eisenbahn- und Forstbewirtschaftungs-Konzessionen an ausländische Unternehmungen

Die Sowjetregierung hat sich ihrer äußeren Feinde erfolgreich erwehrt; gegenrevolutionäre Armeen sind nicht mehr vorhanden; die ganze Kraft der Kommissare wendet sich nun der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit der Weltwirtschaft zu. Der Wille, Rußland wieder aufzubauen, ist da: es regnet Projekte und Konzessionsgesuche ausländischer Firmen. Die Sowjetregierung hat sich nunmehr damit zu beschäftigen gehabt, in welcher Weise das Ausland am russischen Wiederaufbau beschäftigt werden soll. Die Auffassung des Obersten Wirtschaftsrates der Kommissare gibt Lomow in der „*Ekonomitscheskaja Schisn*“ folgendermaßen wieder: „Der Grundgedanke des internationalen Kapitals ist, Rußland im Zustand eines Agrarlandes als einfache Kolonie des westlichen Kapitals zu erhalten. Von Rußland Getreide, Leinen, Hanf, Seiden, Schweine und Lebensmittel zu bekommen, das ist der Wunsch Italiens, Frankreichs, Englands, und im Austausch bieten sie uns Fertigfabrikate wie Stiefel, Hüte usw. an. Aber wir, wenn wir in Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern treten, müssen uns einen wohlüberlegten Plan ausarbeiten. Unser Ziel ist, den Übergang Rußlands aus einem halb agrarischen in ein Industrieland zu beschleunigen. Während des Krieges ist Rußland gezwungen gewesen, eine Reihe neuer Industrien zu gründen. Die Blockade hat Sowjetrußland auf denselben Weg getrieben. Diese Industrien müssen uns den Import aus dem Ausland von Ma-

schinen, Instrumenten und Maschinenteilen, die für unsere Produktion unerlässlich sind, zum Ziel setzen. Wir dürfen auf keinen Fall uns auf die Konsumartikel einlassen, die uns angeboten werden. Abgesehen von Ausnahmefällen können wir uns diesen Luxus nicht gestatten. Zu allererst müssen wir aus dem Ausland Lokomotiven, Teile von Lokomotiven und Dampfer bekommen. Im Austausch bieten wir an diejenigen Rohstoffe, die den Bedarf unserer Fabriken übersteigen, und die Konzessionen, die zur Verfügung des ausländischen Kapitals gestellt werden.“

Diese Äußerung, die die „*Russ. Korrespondenz*“ der 3. Internationale in Moskau (Nr. 5 vom März d. J.) wiedergibt, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine glatte Absage an die Engländer, Franzosen und Belgier, die Rußland überschwemmen wollten mit all den Artikeln, die sie selber nicht brauchen. Darauf will man sich verständlicher Weise nicht einlassen. Die russische bolschewistische Presse ist voll von ironischen Bemerkungen über die Absichten, besonders der französischen Exporteure, dem hungernden und halb nackten russischen Proletariat Parfüms, Korsette und Pariser Luxusgegenstände anzubieten. Frankreich und England haben sich politisch in Rußland so sehr kompromittiert, daß ihren Handelsabsichten von vornherein mit Mißtrauen begegnet wird, — wie berechtigt dieses ist, wird ersichtlich, wenn man die Lage Rußlands ernsthaft würdigt, wo es am Allernotwendigsten

mangelt in einem Maße, daß man sich davon im immerhin noch wohlgeordneten Europa keinen Begriff machen kann. Diese direkt tragische Notlage egoistisch auszunutzen, hat die Entente jetzt versucht und muß es nun erleben, daß man ihr ein deutliches Nein entgegensetzt.

Was die Russen wollen, ist planmäßige Förderung ihrer Rohstoffgewinnung und Absatz derselben ins Ausland im Austausch gegen Lokomotiven und Eisenbahnmaterial, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich um die russischen Breitspurbahnen handelt, also fertige Lokomotiven nicht in Frage kommen, sondern neue erst besonders gebaut werden müssen. Dies bedeutet, daß sofort nur sehr wenig in Rußland abgesetzt werden kann, sondern erst nach umständlichen Vorarbeiten ein Warenaustausch in die Wege geleitet werden kann, denn die Rohstoffe müssen in Rußland erst gewonnen werden, ehe sie auf den erst noch instand zu setzenden Bahnen in die Häfen geleitet werden können. Der erste Schritt wird also die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen sein müssen. Wie die Sowjetregierung sich diese denkt, schildert Lomow in der erwähnten Nummer der „Russ. Korr.“ wie folgt:

„Für die Ausrüstung neuer Eisenbahnen oder Wasserwege erhalten die Konzessionäre das Recht eingeräumt, bestimmte Wald- oder Bodenschätze auszubeuten. Diese Konzessionen können nur erteilt werden unter der Voraussetzung einer widerspruchslosen Anerkennung sämtlicher erschienenen und etwa in Zukunft von der Rätcmacht herauszugebenden Dekrete. Die Konzessionäre haben die Arbeitsgesetzgebung der Rätcmacht genau zu beachten. Das Unternehmen der Konzessionäre wird einer scharfen Kontrolle der Rätcmacht unterworfen. Der Räterepublik bleibt das Recht vorbehalten, das Unternehmen jederzeit anzukaufen. Die Ausbeute der Wald- und Bodenschätze ist nur nach Erbauung einer Eisenbahn und deren Ausrüstung mit rollendem Material oder gleichzeitig mit dem Bau der Eisenbahn möglich. Bei Verstößen gegen die Eisenbahnbaubedingungen oder bei Verletzung anderer Konzessionsbedingungen wird den Konzessionären das Konzessionsrecht ohne Entschädigung zugunsten des Fiskus entzogen. Die Konzessionäre erhalten das Recht, die Wälder auszubeuten und die Hölzer — hauptsächlich — verarbeitet nach dem Auslande auszuführen. Der Räterepublik bleibt jedoch das Vorzugsrecht für den Ankauf des gesamten zur Ausfuhr bestimmten Materials vorbehalten. Die Konzessionäre zahlen an den Fiskus pro Stamm auf Grund von Preisen, die mit dem Aufschlag eines gewissen Prozentsatzes auf die Holzpreise der Friedenszeit errechnet sind. Die Regierung kann den Unternehmern einen gewissen Prozentsatz des Gewinns, so wohl auf das Obligations- wie auf das Aktienkapital garantieren.

Die Forst- und Eisenbahnkonzessionen müssen untrennbar mit einander verbunden sein und von der gleichen Konzessionsgesellschaft betrieben werden. Die Forstwirtschaft muß von den Konzessionären nach von der Räteregierung ausgearbeiteten Plänen betrieben werden. Die zu bewirtschaftenden Parzellen sind den Konzessionären in versetzten Flächen zu überlassen.

Unter diesen Umständen wird für das Auslandskapital eine bestimmte Gewähr für Gewinnziehung auf dem betreffenden Unternehmen geschaffen. Andererseits besteht für die Räterepublik der Vorteil nicht nur in der Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade, sondern auch in der Schaffung neuer Eisenbahnstrecken nach solchen Distrikten, wo die Ausbeute der Waldschätze bisher wegen völliger Wegelosigkeit nicht hatte erfolgen können.

Das System der versetzten Parzellen gibt uns die Gewähr, daß die gleichen Waldkomplexe auch für die nationale Produktion ausgenutzt werden können.

Die Möglichkeit, alle für die Ausfuhr bestimmten Holzmaterialien auf dem Vorzugswege erwerben zu können, bringt die Konzession in der Frage des Exports in eine genügend starke Abhängigkeit von Sowjetrußland.“

An Eisenbahnkonzessionen kommt hauptsächlich in Frage der Bau der Strecken Moskau-Woronesch-

Donez über Rostow am Don bis Taganrog, sowie die Strecke Kusnetzk-Tomsk-Kostroma, und außerdem neben verschiedenen kleineren Strecken ein großzügiges Projekt, das den Engländern wohl recht unangenehm sein dürfte, nämlich die Schaffung einer direkten Verbindung Inner-Rußlands mit Indien: die Embiuskajastrecke nach dem Amu-Darja, die den kürzesten Weg von Europa nach Indien darstellen würde.

Außerdem ist beabsichtigt, Konzessionen zur Herstellung des oft besprochenen Wasserweges von Riga nach Cherson, sowie die Verbindung der Wolga mit dem Don und der Onega mit dem Weißen Meer.

Schließlich müßten Kühlanlagen gebaut werden, die in Rußland nur in verschwindend kleiner Zahl vorhanden, aber zum Transport von Fleisch, Butter, Geflügel usw. dringend erforderlich sind und den Vorzug hätten, Europa schon bald mit notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen, da diese schon jetzt in beträchtlichen Mengen im Innern des Landes vorhanden sind und nicht ausgeführt werden können.

Ein weiteres Projekt sieht großzügige Bewässerungsanlagen längst der Strecke Afghanistan-Kaspisches Meer vor, um die Baumwollproduktion steigern zu können.

Da Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch mit Hilfe von ausländischen Anleihen diese Projekte nicht ausführen könnte, so sind Konzessionserteilungen an ausländische Unternehmen der einzige Weg, Rußland wieder aufzubauen und die Rohstoffe, deren die Welt bedarf, zu gewinnen. Über die Frage der Anleihen selbst kommt Lomow mit Recht zu einem negativen Resultat, indem er schreibt: „Was die Auslandsanleihen anbelangt, so besteht keine Möglichkeit, angesichts der Unbeständigkeit in der internationalen Konjunktur der Gegenwart, auf die baldige Verwirklichung einer solchen zu hoffen, umso mehr als man unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum von einer Annehmbarkeit der Bedingungen wird sprechen können, die die westeuropäischen und amerikanischen Kapitalisten in Vorschlag bringen würden.“

Die mit den Eisenbahnkonzessionen zu verbindenden Konzessionen zur Bewirtschaftung der Forsten dürften den größten Gewinn versprechen. Lomow entnimmt dem Jahrbuch für Forstwirtschaft für 1912 folgende Angaben, aus denen ersichtlich ist, wie gering die Nutzbarmachung der Waldflächen bisher war, wieviel also noch gewonnen werden kann:

Gegenüberstellung der Waldfläche und der erzielten Einnahmen.					
Distrikte	Fläche d.d. Staate gehörigen Wälder in 1000 Deßjatin. Insges. Nutzbar	Erzielte Insges. Mill. Rbl.	Bruttoeinnahme Rbl je Deßjatine		
			Gesamt- fläche	Nutzb. Waldfl.	
Europäisches Rußland	105 947 84 249	82,4	0,78	0,98	
mit Ausnahme der "5 nördl. Gouvernements.....					
Die 5 nördlichen Gouvern.	13 545 10 828	64,0	4,72	5,91	
Flußgeb. d. Dnjeprou. Dnestr.	70 770 57 836	18,4	0,26	0,32	
Polen.....	1 574 1 291	14,7	9,34	11,39	
Gebiet des Njemenflusses.	615 562	8,3	13,47	14,74	
	796 666	8,2	9,97	10,83	

Bei der verhältnismäßig geringfügigen Einnahme, die die Ausnutzung der Wälder ergab, war deren Bewirtschaftung und somit auch die Erzielung bestimmter Einnahmen äußerst ungleichmäßig. Während die Fläche der dem Staate gehörigen Wälder im Gebiet der Flüsse Dnjeprou. Dnestr, in Polen, im Gebiet des Njemenflusses 2,5 % der Fläche des europäischen Rußland, und die der nutzbaren Waldfläche 3 % beträgt, belaufen sich die Bruttoeinnahmen aus der Ausbeute dieser Wälder auf mehr als 35 % der gesamten, aus den Wäldern des europäischen Rußlands erzielten Einnahmen. In den 5 nördlichen Gouvernements erreichte die Einnahme pro Deßjatine nutzbarer Waldfläche den Betrag von 0,32 Rbl, während sie in Polen 14,74 Rbl betrug. Durch-

schnittlich gelangten in sämtlichen Gouvernements des europäischen Rußlands pro Deßjatine nutzbarer Waldfläche insgesamt 27,8 Kubikfuß zum Verkauf oder wurden zur Lieferung freigegeben. Fraglos eine ganz nichtige Zahl. Dies erklärt sich aus der gänzlich unbedeutenden Holzabgabe aus den nördlichen Gouvernements. Im Gebiet der Flüsse Dnjepr und Dnestr erreichte die Abgabe pro Deßjatine Waldfläche 241 Kubikfuß.

Unsere Holzbearbeitungsindustrie hat es bisher nicht verstanden, alle unsere Holzschätze, ja nicht einmal zum geringsten Teil zu verarbeiten. 1908 wurden in den nördlichen Gouvernements insgesamt 164 Sägemühlen und Furnierschneidwerke gezählt (hiervon 53 im Gouvernement Petersburg), im zentralen Industriegebiet — 222 Fabriken, in den zentralen Getreidegouvernements — 230. Von den 53 Baumöl- und Zellulosefabriken befanden sich nicht eine einzige im Gouvernement Olonezk.

Eine große Konzession ist bereits an ein skandinavisch-russisches Unternehmen Hannewig und Borisow erteilt worden, die im Nordosten des europäischen Rußlands 8 Mill. Deßjatinen Wald bewirtschaften wollen. „In der gleichen nordöstlichen Ecke, in dem zu Kama neigenden Distrikt, im Gouvernement Perm, sind ungeheure, kaum urbar gemachte Waldkomplexe von 5—6 Mill. Deßjatinen vorhanden. Im Gouvernement Perm sind es die Forstreviere Nord-Kolvinsk, Poluchinsk, Weskanchinsk usw., sowie eine ganze Reihe anderer Waldkomplexe. Sie alle bilden für das ausländische Kapital einen fetten Bissen. Die Ausnutzung dieser Waldungen ist eng verknüpft mit der Anlegung von Eisenbahnen und Wasserwegen. (Die Eisenbahn Ssoroki-Kotlas-Obj bei der ersten, die Ausgestaltung des Staro-Jekaterinenski-Kanal bei der zweiten Konzession.)“

Die Forstbewirtschaftung durch ausländische Unternehmen ist deshalb von so großer Bedeutung für den Weltmarkt, weil es die einzige Möglichkeit bietet, russisches Holz zu erhalten. „Schon vor dem Kriege hatte sich die Holzexport stark entwickelt. Das ist aus den folgenden Zahlen (in Mill. Rbl) ersichtlich:

Jahre	Holzausfuhr	Holzausfuhr in % d. gesamt. Exports
1901/05	65,9	7,0
1906/10	116,4	9,6
1910	138,2	9,5
1911	142,4	9,0
1912	153,4	10,0
1913	164,9	15,8

Die Holzexport war bereits vor dem Kriege in viel höherem Maße als die Gesamtausfuhr aus Rußland sowie die Ausfuhr einzelner Waren gestiegen. Bei Kriegsausbruch überlagte unser Holzexport die Ausfuhr aller übrigen Produkte (einzeln genommen), mit Ausnahme des Brotgetreides. Interessant ist die Verteilung des russischen Holzexportes auf die einzelnen Bestimmungsländer in Prozenten der Gesamtabgabe von Hölzern in Pud:

Länder	1901/05	1906/10	1910	1911	1912	1913
Deutschland	40,5	38,7	33,9	33,2	33,8	32,3
Österreich-Ungarn ...	1,9	3,7	2,9	2,6	2,7	2,3
Belgien	5,7	5,1	4,9	3,8	3,7	3,9
Großbritannien	33,4	32,8	37,3	39,8	40,0	37,7
Frankreich	3,6	4,7	5,1	4,1	3,9	4,9
Holland	12,4	12,7	13,3	12,1	11,7	16,2

(Lomow, a. a. O.)

Die wichtigste Frage ist nunmehr wer diese Konzessionen erwerben und wirklich ausbeuten könnte. Mit Kapital allein, worüber Entente-Unternehmen ja verfügen dürften, ist es natürlich nicht gemacht. Das wichtigste sind vielmehr Ingenieure, technisch gebildete Arbeiter und Meister, Maschinen usw. Verfügt die Entente darüber? Schwerlich. Frankreich bedarf seiner Ingenieure zum Wiederaufbau der zerstörten Provinzen Nordfrankreichs, Belgien gleichfalls, England gibt seine Techniker und Ingenieure an die Dominions ab, es bleiben also Amerika und Deutschland nach. Deutschland hat von jeher Rußland mit Technikern und geschulten Arbeitskräften bedacht, die es in hervorragendem Maße verstanden, sich den russischen Verhältnissen anzupassen. Hier bietet sich ein immenses Arbeitsfeld unter günstigen Bedingungen. Auf die Bedeutung dieser Frage soll in einem weiteren Artikel eingegangen werden.

Dr. Hans von Eckardt

England

Die Neuorientierung der Regierung — Geldmarkt und Börse

In den letzten Nachwahlen kam von neuem mit für die Regierung Lloyd George erschreckender Deutlichkeit der Stimmungsumschwung im englischen Volk zum Ausdruck. Am schlimmsten waren die Wahlniederlagen der Regierung in Paisley, Wrekin und Dartford. In Paisley erhielt der Koalitionskandidat bekanntlich nicht einmal den achten Teil der Stimmen, in Wrekin siegte ein unabhängiger nationalistischer Kandidat, dem keine Partei und Wahlfonds zur Verfügung standen, während der Koalitionskandidat trotz seiner großen Geldmittel durchfiel. In Dartford siegte der Arbeiterkandidat gegen die Koalitions kandidatur und mehrere unabhängige Kandidaten, während bei der letzten Wahl die Koalition mit großer Mehrheit durchgedrungen war. In einigen Nachwahlen sind sogar liberale Koalitionskandidaten gegen unabhängige Liberale unterlegen.

Die Folge dieser Wahlniederlagen der Regierung ist offenbar eine doppelte. Die Arbeiterschaft gewinnt mehr und mehr die Überzeugung, daß das parlamentarische System doch ausreicht, um schrittweise ihre Wünsche durchzusetzen, so daß also die „Direct Action“, der politische Generalstreik, als sehr gefährliche, zweischneidige Waffe bei Seite gestellt werden kann, wie dies auf dem Sonder-Gewerk-

schaftskongreß am 10. 3. geschah, auf dem der Beschluß gefaßt wurde, die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke im parlamentarischen Wege zu betreiben. Auf der anderen Seite muß die Regierung den Wünschen der Arbeiter, wenn anders sie bei den nächsten allgemeinen Parlamentswahlen, mögen sie früher oder später kommen, überhaupt noch auf Arbeiterstimmen Wert legt, immer weitere Konzessionen machen. Wie schon in Nr. 14 ausgeführt, macht sie daher jetzt mit der Durchführung einer Reihe von Maßregeln ernst, die sie bisher ständig auf die lange Bank zu schieben bemüht war. Es ist ganz klar, daß die Regierung in ihrem Betreiben längst versprochener und lange überfälliger Gesetze nicht nur das Mittel sieht, die Bevölkerung zufrieden zu stellen, sondern auch die einzige Möglichkeit, einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments vorzubeugen.

Für diese Neuorientierung konnte indessen allem Anschein nach weder das Kabinett, das zur Durchführung konservativ-merkantilistischer Politik gebildet war, noch sein parlamentaristischer Unterbau, die Koalition, genügen; im letzten Vierteljahr herrschte in England eine schleichende Ministerkrise. Der erste, der aus dem Kabinett ausschied — aus „Gesundheitsrücksichten“ — war der Nahrungs-

mittelkontrollleur George Roberts, der dem Arbeiterflügel der Koalition angehörte. Als bald darauf der Minister ohne Portefeuille Barnes, ebenfalls Mitglied der Arbeiterpartei, zurücktrat, konnte der tatsächliche Grund dieser beiden Resignationen nicht mehr verheimlicht werden: die Arbeiterpartei hat ihre Verbindung mit der Regierung gelöst, um für eine energische Opposition frei zu sein. In der Folge sah sich Lloyd George genötigt, ein Mitglied seines Kabinetts auszuschiffen, das diesem bisher zweifellos in erheblichem Maße sein Gepräge aufgedrückt hatte: der Handelsminister Sir Auckland Geddes erhielt die Botschaft in Washington, die seit dem Tode von Spring-Rice (Februar 1918) unbesetzt war. Kein leichter Posten, den zu übernehmen weder Lord Reading noch Lord Grey sich bereit finden ließ, obwohl doch beide zu den geschicktesten Politikern und geschmeidigsten Unterhändlern Englands gehören. Vielleicht waren es die Erfahrungen, die beide bei ihren schwierigen Sondermissionen in Washington gemacht haben, die sie vor dieser nunmehr von Auckland Geddes übernommenen Aufgabe zurückschrecken ließ.

Das Ausscheiden des Handelsministers dürfte neben den allgemeinen Gesichtspunkten seinen speziellen Grund in seinen Niederlagen in der Antidumping-Bill und in der Kohlen-Bill am Schluß der vorigen Session haben. Statt der ersteren, die allerdings noch nicht ganz begraben zu sein scheint, hat die Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Handelsdarlehen und Warenversicherung vorgelegt, der für z. T. bereits getroffene Maßnahmen dem Kabinett Indemnität erteilt (bekanntlich waren diese Probleme mit in der Antidumping-Bill behandelt). Zur Behandlung der Kohlenfrage ist Sir Robert Horne, als Nachfolger von Sir Auckland Geddes zum Präsidenten des Handelsamts ausersehen; seine Erfahrungen als Arbeiterminister dürften dem Juristen die Mittel an die Hand geben, das zustande zu bringen, was der pathologische Anatom nicht zu heilen vermochte. Als sein Nachfolger im Arbeitsministerium ist Dr. Macnamara gewählt worden; seine Verdienste für die Verwaltung Indiens, vor allem für die Ausarbeitung der neuen indischen Verfassung finden in der Ernennung zum Minister eine Belohnung. Die gesetzliche Regelung der 48-Stunden-Woche dürfte seine Hauptaufgabe bilden. Andere Kabinettsveränderungen von geringerer Bedeutung sind ohne Belang, aber das Ergebnis ist: eine Konsolidierung unter Entfernung der extremen Rechten und der Arbeiterpartei.

Eine Parallelbewegung im Unterhaus war geplant. Schon seit langem beabsichtigte Lloyd George die Gründung einer neuen Partei, die die mittleren Elemente der Koalitionsparteien, die schon im vorigen Sommer eine Gruppe gebildet haben (Centre Group) zusammenfassen sollte. Am 16. 3. fand zu diesem Zweck eine Besprechung der Koalitionsliberalen mit Lloyd George statt; auch die unabhängigen Liberalen waren geladen, jedoch nicht erschienen. Das Ergebnis der Besprechung war negativ; die liberalen Parteiorganisationen wollen ihre Selbständigkeit nicht aufgeben, sehen also offenbar doch wieder ihr Heil und ihre Zukunft auf Seiten Asquiths.

Das für die englische Volkswirtschaft erfreulichste Ereignis auf dem Geldmarkt ist die allmähliche Wiederherstellung der Pfundvaluta. Nachdem das Pfund Sterling im Laufe des Januar bis 3,20 \$ und teilweise sogar noch tiefer im Werte gefallen war, setzte eine allmähliche Erholung ein; sie war u. a. begünstigt worden durch die Erklärung der englischen Regierung, daß die im Oktober fällig werdende anglo-

französische 100 Mill. £-Anleihe zurückgezahlt und zu ihrer Rückzahlung Gold und Devisen verwandt werden sollten, soweit nicht die Bonds (unter Ausnutzung eines erheblichen Kursgewinnes) bereits durch das englische Schatzamt im freien Markt aufgekauft sind. Die Kühnheit des Schatzamts, das diese Erklärung in der Zeit der tiefsten Depression abgab, verlieh dem Markt Vertrauen. Die gleich darauf einsetzenden Goldvers Schiffungen, die zeitweilig 2 Mill. £ an einem Tage erheblich überstiegen, rechtfertigten es. Das Pfund ist seitdem auf über 4 \$ gestiegen. Das ist für den englischen Handel und das englische Schatzamt von der größten Bedeutung. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur daran, daß die Aufhebung der Höchstpreise für Brot und damit das Steigen des Preises von 9 1/2 d auf ca. 1 s für den Laib (= 4 lb) u. a. durch die hohen Zuschüsse zum Einkauf von Getreide veranlaßt wurde, die die Regierung bisher zahlen mußte, und die noch auf über 90 Mill. £ gestiegen wären, wenn der Brotpreis auf seiner alten Höhe hätte gehalten werden sollen. Man hat daher davon abgesehen, ihn weiter zu regulieren, und versucht den Zuschuß auf 45 Mill. £ zu beschränken. Bei einer weiteren Befestigung der Valuta aber könnte er voraussichtlich ganz aufgehoben werden. Dies Beispiel statt vieler.

Die französische Valuta scheint allerdings die Erklärung über die Rückzahlung der anglo-französischen Anleihe nicht günstig beeinflussen zu können. Der Frank-Kurs wird an der Londoner Börse von Tag zu Tag schlechter. Der 6. 4. wies mit beinahe 60 fr je £ einen Rekord auf und der Lire gar fand bei ca. 85 keinen Käufer; die Auspowierung der europäischen Volkswirtschaften bei stockender Industrie ist letzten Endes die Ursache für diese Gestaltung der Dinge, wie andererseits in England letzten Endes die industrielle Hochkonjunktur bei der ruhig verlaufenden Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Ursache für die Gesundung der Volkswirtschaft und die Stabilisierung der Valuta ist.

Der Geldmarkt war in der letzten Hälfte des März infolge fällig werdender Schatzwechsel flüssig und erst gegen Ende des Quartals wurde die Bank von England lebhafter in Anspruch genommen, doch blieben die Sätze, sowohl die der Bank von England, wie die der andern Banken entgegen einigen Erwartungen unverändert. Der sich günstig entwickelnde Status der Bank von England wies in der ersten Aprilwoche eine Goldeinbuße von 2 1/2 Mill. £ auf, verursacht durch die oben erwähnten Goldvers Schiffungen nach Amerika, die zum Teil aus den Beständen der Bank von England, zum Teil aus den Beständen der Privatbanken, welche letztere jedoch ziemlich erschöpft sein dürften, gedeckt werden. Das im freien Markt zum Verkauf gelangende Gold kommt hierfür nicht in Frage, sondern wird meist von Südamerika und den Straits erworben; der Preis des gelben Metalles, der zurzeit um 105 s je Unze schwankt, gestattet der Bank von England natürlich den Ankauf nicht. Der Rückgang des Goldpreises, der bereits 120 s überschritten hatte, hängt natürlich mit der Befestigung des Pfundkurses zusammen und das gleiche gilt für den Preis des Silbers, der teils infolge der Befestigung der Valuta, teils infolge des Nachlassens des ostasiatischen Bedarfs unter lebhaften Schwankungen von über 85 d je Unze auf unter 75 gefallen ist.

Die Börse hat das erste Quartal in melancholischer Stimmung beschlossen; nur wenige Werte, bei denen besondere Gründe vorlagen, waren befestigt. Aber im allgemeinen schreckten die undurchsichtigen Verhältnisse auf dem Valutamarkt, Besorgnisse wegen des Budgets, Angst vor

Geldknappheit, die Verwicklungen in Deutschland den Spekulanten wie den Kapitalisten zurück. Unter andern sind die englischen Konsols zeitweilig auf unter 46 gesunken, was natürlich im Zusammenhang mit der 6%igen Rendite steht, die zurzeit aus goldgeränderten Neuemissionen zu erzielen ist. Daß die französische Rente auf dem Londoner Markt heute

eine 10%ige Rendite abwirft, kann uns füglich nicht wundern. Eine Panik war an der Börse nicht zu verzeichnen, da ja nach wie vor Termingeschäfte nicht abgeschlossen werden können und somit nicht übermäßig viel spekulative Engagements in kapitalschwachen Händen vorhanden waren.

Dr. Th. Plaut

Japan

Das Rüstungsbudget — Preissteigerung und Spekulationsfieber — Streiks, Unruhen und Wahlrechtskampf

Dem Londoner „Economist“ zufolge ist das japanische Budget für 1920 das größte in der Geschichte Japans: 1275 944 023 Yen. Vor etwa 15 Jahren wurde ein Budget, das nur die Hälfte dieses Betrages erreichte, ungeheuerlich genannt, und von der Presse sowohl wie von der öffentlichen Meinung als mit der Armut des Landes nicht im Einklang bezeichnet. Niemand dachte damals, und besonders nach dem Krieg mit Rußland, daran, daß Japans Reichtum so zunehmen könne, wie dies heute der Fall ist. Der größte Teil des japanischen Reichtums wurde während des Weltkrieges gesammelt. Zu Beginn des Krieges besaß Japan eine Goldreserve von etwa 353 Mill. Yen, heute beläuft sich diese Reserve auf 1800 Mill. Yen, ganz abgesehen von den Hunderten von Millionen, die Japan aus seiner Schifffahrt und anderen Einnahmequellen zufließen. Von der genannten Summe sind 874 Mill. Yen im Besitz der Nippon Ginko (Bank von Japan), der Rest gehört der Regierung. Über 1200 Mill. Yen sind in England und Amerika.

Zu Beginn des Krieges betrug die japanische Staatsschuld etwas über 2500 Mill. Yen, heute beträgt sie 2742 881 152 Yen, ist also nur um ein geringes gestiegen und steht zu dem Anwachsen des Nationalvermögens in keinem Verhältnis. Von der Nationalschuld entfallen auf inländische Schulden 1 431 743 426 Yen, auf ausländische Schulden 1 311 137 726 Yen, dazu kommen noch ausstehende Schatzscheine im Werte von 513 273 775 Yen.

Die Einzelheiten des Staatshaushalts-Anschlages sind die folgenden:

Einnahmen	Mill. Yen	Ausgaben	Mill. Yen
ordentliche	1140,7	ordentliche..	752,2
außerordentliche	32,7	außerordentl.	523,7
Überschuß aus dem Vorjahr	102,5		
	1275,9		1 275,9
	Ordentl. Ausgaben in 1000 Yen	Außerordentl. Ausgab. in 1000 Yen	
	Budget 1920/21	Unterschd. gegen Vorj.	Budget 1920/21
			Unterschd. gegen Vorj.
Zivilliste	4 500	—	—
Auswärtiges Amt	12 147	+ 5 579	1 308 + 31
Ministerium des Innern	30 942	+ 11 715	63 930 + 12 961
Finanzministerium	178 047	+ 254	30 112 + 14 582
Kriegsministerium	168 723	+ 71 680	73 004 + 25 312
Flotte	124 777	+ 63 890	252 993 + 64 332
Justizministerium	26 380	+ 9 898	2 033 — 236
Unterrichtsministerium	30 183	+ 8 423	14 418 + 4 840
Handel und Ackerbau	16 660	+ 7 576	27 475 — 5 571
Verkehrsministerium	159 818	+ 67 265	58 493 + 21 224
Summe	752 178	246 280	523 766 137 474
	Gesamtausgaben:		1 275 944 383 754

Trotz der so reich vermehrten finanziellen Quellen erscheint das Budget von über 1 Milliarde Yen, um einen Ausdruck des „Economist“ zu gebrauchen, „etwas ehrgeizig“. Ein großer Teil dieses Geldes dient militärischen Rüstungen, und das genannte englische Blatt bezeichnet diese sobald nach dem Weltkrieg einsetzenden Rüstungen

als eine ominöse Politik. Die Mehrforderung für Heer und Flotte beträgt über 200 Mill. Yen. Der japanische Finanzminister erklärte, daß für Japan im gegenwärtigen Augenblick nichts wichtiger wäre, als die Verstärkung der Nationalverteidigungsmittel, die natürlich nur der Aufrechterhaltung des Friedens dienen, und daneben die Entwicklung des Eisenbahnnetzes. Dies sieht so aus, meint der „Economist“, als ob Japan eine Bedrohung von irgend einer Seite befürchte, die nur durch genügend starke Kampfmittel mattgesetzt werden könne; und die Haltung der japanischen Presse während der letzten Jahre bestätigt diese Überzeugung. Für die Flotte allein wird die auch für japanische Verhältnisse sehr hohe Summe von 377,8 Mill. Yen verlangt, d. h. 128 Mill. mehr als im vergangenen Jahre. Davon sollen 253 Mill. Yen dem Neubau von Schlachtschiffen dienen. Aber noch mehr, die Regierung verlangt vom Parlament für Flottenzwecke eine weitere Summe von 752 Mill. Yen, die über einen Zeitraum von mehreren Jahren verteilt werden sollen. Dem Flottenplan entsprechend, sollen vier Schlachtschiffe, vier große Kreuzer, zwölf kleine Kreuzer, 37 Zerstörer, fünf Kanonenboote, sechs Minensucher, zwölf Schiffe für spezielle Dienste und verschiedene Unterseeboote gebaut werden. Sehr groß sind auch die Forderungen für das Heer: 241,7 Mill. Yen, davon 168,7 Mill. ordentliche Ausgaben und 73 Mill. außerordentliche, also alles in allem 97 Mill. Yen mehr als im vergangenen Jahre. Außerdem verlangt das Kriegsministerium eine über mehrere Jahre zu verteilende größere Summe (ungefähr 1,1 Milliarde Yen) für die Verbesserung von Waffen und Verteidigungsmitteln. Über die Kosten der japanischen Expedition nach Sibirien, die auf über 200 Mill. Yen im Jahr geschätzt werden, schweigt das Budget ganz. Weitere 12 Mill. Yen sollen für die Verbesserung der Munition verwendet werden, 10 Mill. Yen für Befestigungen und 12 Mill. Yen für die Aufstellung eines Fliegerkorps und die Einrichtung einer Flugzeugfabrik.

Um diese Auslagen decken zu können, soll die Einkommensteuer sehr erhöht werden. Sie soll 78 Mill. Yen mehr als im vergangenen Jahr einbringen und 57 Mill. Yen sollen durch die Steuer auf Sake hereingebracht werden. Ein eventuelles Defizit in der Steuer soll durch zeitweilige Einstellung der Amortisation der inneren Anleihe gutgemacht werden.

Die außerordentliche Inflation der Zahlungsmittel hält die Preise sehr hoch. Sie sind im allgemeinen seit Kriegsbeginn um 109 % gestiegen. Eine kurze Übersicht soll das klarlegen.

	1915	1920		1915	1920
Hausmiete...	40 Yen	150 Yen	Fleisch...	14 Yen	40 Yen
Elektr. Licht...	3,8	7	Milch...	4	14
Wasser...	0,40	0,70	Brot...	4	8
Dienerschaft...	15	30	Kohlejet	8	33
Kolonialwaren	16	40	Gas	2	6

Von dieser Preissteigerung werden allerdings in erster Linie nur die Ausländer betroffen; aber auch die Japaner selbst haben unter der Preissteigerung schwer zu leiden. Von den hauptsächlich von Japanern konsumierten Artikeln stiegen in derselben Zeit um %:

Reis	178	Gemüse	100	Fisch	80
Kartoffeln	150	Früchte	100	Milch	71
Geflügel	100	Kleider	100	Butter	71
Eier	100	Schuhe	100		

Die Folge dieser Preissteigerung sind wachsende Unruhen in der Industrie, eine zunehmende Anzahl von Streiks zur Erzielung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit. In jüngster Zeit haben sich die Streikbewegungen hauptsächlich in Docks und Minen bemerkbar gemacht. Es ist, was man vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätte, so weit gekommen, daß militärische Hilfe angerufen werden mußte, um in einer Kupfermine 6000 streikende Minenarbeiter von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Dieser Fall ist der erste seiner Art in der Geschichte der japanischen Industrie. Gefördert werden diese Unruhen durch die Tatsache, daß dem Elend des japanischen Arbeiter-Proletariats ein in Japan unerhörter Luxus der Kriegsgewinner gegenübersteht. Restaurants, Juweliergeschäfte und Teehäuser gehören in den japanischen Städten zu den lukrativsten Unternehmungen. Spekulant kaufen ganze Häuserblocks auf, reißen die einstöckigen Holzhäuschen nieder und legen sich ausgedehnte Gärten an, während es der Arbeiterbevölkerung immer schwerer wird, auch eine bescheidende Unterkunft zu finden. Viele Unternehmungen, vor allem in der Web- und Schiffsindustrie, zahlen enorme Dividenden. Genau so wie nach dem russisch-japanischen Kriege macht Japan auch heute wieder ein Gründungsfieber schlimmster Art durch, scheinbar ohne aus den Lehren der Depressionsjahre 1907, 1908 usw. die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das Spekulationsfieber, genährt durch die Inflation, kennt keine Grenzen. Im Jahre 1918 erreichten die Investitionen in neuen Unternehmungen eine Höhe von 2676 Mill. Yen, in der Zeit vom Januar bis Oktober 1919 sogar 2859 Mill. Yen, also bedeutend mehr, als für das ganze vorangegangene Jahr. Die Regierung fing daher an, unruhig zu werden und von amtlicher Seite wurden die Banken instruiert, alle Vorschüsse einzuschränken und das Publikum zur Vorsicht und Sparsamkeit zu ermahnen. Der Erfolg war gleich Null. Die Spekulation geht ihren tollen Weg weiter. Es ist nicht ohne Interesse, auf die Berichte japanischer Zeitungen hinzuweisen, nach denen die Inflation eine ihrer Hauptursachen darin hat, daß Staatsbeamte spekulieren. Eine Erscheinung, die sich bekanntlich auch nach dem russisch-japanischen Kriege zeigte und zum großen Krach und allgemeiner Panik geführt hat.

In direktem Zusammenhange mit diesen Zuständen steht natürlich das Anwachsen des Sozialismus und der für japanische Verhältnisse unerhörte Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Oberflächlich wäre es, sich auf den Standpunkt der englischen Presse Japans zu stellen, die, ausgehend von der Überzeugung, daß der einzige richtige Maßstab für alle staatlichen Äußerungen der englische ist, das japanische Wahlsystem als mittelalterlich verurteilt. Wir hatten wenigstens bis vor ganz kurzer Zeit in gewissen europäischen Staaten Wahlordnungen, die der japanischen an

Freisinn nicht gleichkommen. Dazu kommt, daß für einen Staat, der bis zum Jahre 1868 nur mittelalterlich-feudale Zustände kannte, eine Wahlordnung wie die japanische unter allen Umständen als ein Fortschritt in demokratischer Richtung bezeichnet werden muß. Allerdings war das Wahlrecht bis vor kurzem abhängig von einer direkten Steuerleistung von mindestens 10 Yen*). Wenn also die japanische Bevölkerung auf derselben Stufe der Wohlhabenheit stünde wie die deutsche, so würde das japanische Wahlrechtssystem trotz dieser Einschränkung in der Praxis einem allgemeinen Wahlrecht sehr nahe kommen. Nun war aber vor dem Kriege das Leben in Japan so billig, und Hand in Hand mit dieser Billigkeit ging eine derartige Bedürfnislosigkeit des Volkes und infolgedessen eine solche Geringfügigkeit der Entlohnung, daß der überwiegende Teil der Land- und Fabrikarbeiter in Japan nicht wahlberechtigt war. Von den 60 Mill. Japanern hatten nur 2 und seit kurzem 3 1/2 Mill. das Stimmrecht, das bei allgemeinem Wahlrecht etwa 15 Mill. zustände.

Das japanische Volk, Jahrhunderte hindurch und bis zum Jahre 1868 an absolute Bevormundung durch die herrschenden Kasten gewöhnt, außerdem politisch ungeschult, war mit diesen politischen Zuständen ganz zufrieden, solange die Erwerbs- und Ernährungsverhältnisse normal blieben. Der Krieg brachte einen gewaltigen Umschwung hervor. Allgemeine Teuerung setzte ein und wuchs von Jahr zu Jahr. Vor allem stiegen Reis und Seide im Preise. Die Folge davon ist, daß die Bauernbevölkerung (ungefähr 60% der Gesamtbevölkerung) als Produzenten von Reis und Seide unter der Teuerung nicht litt, umso mehr aber der städtische Arbeiter. Immer heftiger wurde der Regierung der Vorwurf gemacht, sie trete den Reisspekulanten nicht mit der nötigen Energie entgegen. Immer lauter wurde die Forderung vertreten, daß die Arbeiter in einer ihrer Wichtigkeit entsprechenden Zahl im japanischen Parlament vertreten werden müßten, immer offener äußerte man die Überzeugung, daß das allgemeine Wahlrecht allein eine Wandlung der Verhältnisse herbeiführen könne. Die Regierung verhielt sich ablehnend, und die Folge dieser Haltung war, daß die Unruhen in den Städten, besonders in der Hauptstadt Tokio, in früher ungekannter Weise zunahmen. Die Regierung wählte den Ausweg eines Appells an das Volk durch Neuwahlen, vermutlich in der Hoffnung, daß ein auf Grund der alten Wahlordnung neu gewähltes Parlament noch konservativer sein werde, als das alte. Sollte sich die japanische Regierung aber auf dieses Neuparlament zu stützen und die Forderungen des Proletariats schroff abzulehnen beabsichtigen, so kann man diese Politik wohl heute schon als eine verfehlte bezeichnen; denn eine mitten im Weltwirtschaftsgetriebe stehende Großmacht Japan kann sich unmöglich gegen die durch den Weltkrieg hervorgerufenen und von ihm geförderten Gedanken hermetisch verschließen. Melden doch schon Telegramme aus Japan, daß die Unruhen das ganze Land umspannen, und daß Soldaten an den Unruhen beteiligt sind. Aus der Tatsache, daß Japan sich im Jahre 1868 bewußt in die Reihe der Weltmächte gestellt hat, muß es nolens, volens die Konsequenzen ziehen.

Hans Lambert

*) und ist heute an eine direkte Steuer von 3 Yen gebunden.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	13. 4.	13. 4.	13. 4.	13. 4.
Amsterdam, 100 fl.	2112,50	2000,—	—	216,—
Barcelona, 100 Pesetas	—	965,—	47,50	96,50
Berlin, 100 M.	—	—	4,97 1/2	10,50
Brüssel, 100 fr.	376,—	355,—	17,—	34,75
Budapest, 100 K.	—	27,—	—	—
Buenos Aires	—	—	—	240,—
Helsingfors, 100 FM.	296,25	230,—	—	—
Kopenhagen, 100 Kr.	1043,50	1000,—	49,80	103,—
Kristiania, 100 Kr.	1152,50	1200,—	53,40	110,—
London, 1 £	224,—	217,—	10,60	21,80
Madrid, 100 Pesetas	—	965,—	47,50	96,50
New York, 1 \$	55,75	54,—	2,68 3/4	5,49
Paris, 100 fr.	355,—	340,—	16,35	32,—
Prag, 100 K.	—	88,—	—	9,25
Rom, 100 Lire	337,50	290,—	10,75	22,25
Stockholm, 100 Kr.	1247,50	1075,—	59,25	121,—
Wien, 100 K. neu	28,—	29,25	1,40	2,90
Zürich, 100 fr.	1035,—	980,—	48,55	—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	12. 4.	12. 4.	9. 4.	10. 4.	9. 4.
Amsterdam, 100 fl.	810,—	—	591,—	10,64	—
Berlin, 100 M.	439,—	114,50	27,71	217,50	1,74
Kopenhagen, 100 Kr.	4000,—	—	—	23,25	—
London, 1 £	—	—	63,50	—	3,94 3/7 Mfr.
New York, 1 \$	—	—	15,81	3,99	—
Paris, 100 fr.	—	—	—	64,95	15,77
Wien, 100 K.	—	29,—	—	—	—
Zürich, 100 fr.	3850,—	—	285,—	22,97	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	13. 4.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	—	-91,61	-91,49	-87,63	-89,87	—
Dt.-östr. Krone	—	-97,22	-97,24	—	—	—
Französ. Frank.	—	-64,95	-68,—	-55,55	-62,85	—
Pfund Sterling	—	-12,47	-13,60	+17,28	-1,15	—
Dollar	—	+ 8,04	+ 5,98	+45,84	+22,52	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	1. 4.	6. 4.
Alexandrien	977/16 pari	977/16 pari
Bombay/Kalkutta	2 s 4 d—2 s 4 1/2 d	2 s 4 1/4 d—2 s 4 1/2 d
Hongkong	5 s—d	4 s 11 d
Schanghai	7 s 4 d—7 s 8 d	7 s 1 d—7 s 3 d
Singapore	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 4 3/4 d—2 s 5 d	2 s 4 1/4 d—2 s 4 1/2 d
Montevideo T.T.	60 1/4 d—60 3/4 d	—
Rio de Janeiro	—	16 d
Buenos Aires T.T.	60 1/4 d—60 3/4 d	58 1/2 d—59 1/2 d
Valparaiso 90 T.	13 3/32 d	—

Die Notenbanken im März

Deutsche Reichsbank (in 1000 M.)

	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehens-Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel u. Schatz-anweisungen
7. 3. 20	1 118 082	1 091 374	13 031 027	2005	40 254 480
15. 3. 20	1 123 258	1 091 363	13 332 490	2718	40 332 452
23. 3. 20	1 128 187	1 091 349	13 611 450	3326	40 460 938
31. 3. 20	1 134 338	1 091 453	13 971 566	1882	44 575 764
	Lombard-Darlehen	Effekten-Bestand	Sonstige Aktiva		
7. 3. 20	16 584	229 919	4 126 134		
15. 3. 20	14 348	269 812	5 791 094		
23. 3. 20	22 207	189 195	6 302 236		
31. 3. 20	9 735	318 660	7 228 613		
	Noten-umlauf	Giro-Verbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehens-Kassenscheine	
7. 3. 20	41 648 351	13 352 693	3 497 691	12 751,8 Mill.	
15. 3. 20	42 504 635	14 432 740	3 649 302	12 679,4 "	
23. 3. 20	43 347 052	14 528 865	3 562 126	12 952,5 "	
31. 3. 20	45 169 720	18 498 429	3 288 151	13 731,4 "	

Bank von England (in 1000 £)

	Barvorrat	Portefeuille	Regierungs-Sicherheiten	Notenumlauf	Guthaben d. Privaten
3. 3. 20	113 598	92 332	52 721	101 155	135 412
10. 3. 20	115 989	92 057	40 387	102 887	117 339
17. 3. 20	118 270	91 954	42 060	101 172	133 031
24. 3. 20	115 783	91 143	45 395	101 137	131 757
31. 3. 20	112 172	109 524	20 412	105 271	110 022

	Guthaben des Staatsschatzes	Notenreserve	Gesamtreserve an Gold und Noten	Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichk.
3. 3. 20	22 439	30 206	30 893	19,60
10. 3. 20	18 555	20 912	31 552	21,60
17. 3. 20	18 419	34 938	35 548	23,50
24. 3. 20	19 763	32 523	33 097	21,94
31. 3. 20	36 248	24 826	25 351	18,49

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
3. 3. 20	327 529	28 500	310 080
10. 3. 20	328 190	28 500	309 204
17. 3. 20	326 259	28 500	307 378
24. 3. 20	326 572	28 500	307 581
31. 3. 20	335 372	28 500	313 370

Bank von Frankreich

(in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatsschatz	Auslands-Guthaben
4. 3. 20	3604	1978	252	363	736
11. 3. 20	3604	1978	250	363	690
18. 3. 20	3605	1978	249	311	725
25. 3. 20	3606	1978	247	311	664

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wert-papiere	Vorschüsse an den Staat	Vorschüsse an Private
4. 3. 20	1974	588	1532	26 500	—
11. 3. 20	1675	584	1580	26 500	—
18. 3. 20	1670	579	1584	26 500	—
25. 3. 20	1778	577	1570	26 500	—

	Vorschüsse an die Verbündeten	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
4. 3. 20	3795	38 256	51	3209
11. 3. 20	3800	38 465	43	3152
18. 3. 20	3805	38 160	110	3385
25. 3. 20	3810	37 569	526	3512

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Holländische Kredit- und Effektenbank teilt mit, daß am 31. 3. eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Titel Holländisch-Deutsche Hypotheken- und Grundbesitz G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 20 Mill. M. gegründet wurde. Zweck der Gesellschaft ist die Vereinigung des Markbesitzes in Holland zur Hebung der deutschen Valuta und vorteilhafte Anlage des gesamten Markbesitzes durch Kauf, Verkauf oder Vermietung bzw. sonstige Ausnutzung des Grundbesitzes, Übernahme von ersten Hypotheken und was damit zusammenhängt, Anteilnahme an Unternehmungen mit dem gleichen Ziel. („Kölnische Zeitung“, Nr. 324 v. 6. 4. 20.)

Russisches Gold-, Silber- und Kupfergeld wird an den Kas sen der lettischen Eisenbahnen zu folgendem Kurs angenommen: 10 Rbl in Gold = 200 lettische Rbl, 1 Silberrubel = 10 lettische Rbl; 1 Rbl in Silberkleingeld = 3 lettische Rbl, 1 Rbl in Kupfer = 2 lettische Rbl. („Industrie- und Handels-Zeitung“, Nr. 68 v. 31. 3. 20.)

Das estnische Finanzministerium hat eine Verfügung erlassen, nach der jeder Bürger das Recht hat, in den estnischen Banken 200 Duma- und 1000 Zarenrubel im Monat einzuwechseln, und zwar zum Kurse: 1 Dumarubel = 50 Penni und 1 Zarenrubel = 1 M. („Industrie- und Handels-Zeitung“, Nr. 68 v. 31. 3. 20.)

Der Kurs der polnischen Mark in Danzig sank in letzter Zeit ganz bedeutend. Am 30. 3. wurden nur noch 44 bis

45 M für 100 polnische M gezahlt. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 150 v. 1. 4. 20.)

Die italienische Valuta ist namentlich in der letzten Zeit geradezu stoßweise gefallen. In der Schweiz notierte nämlich die Lire:

2.2.18	4.4.18	2.1.19	1.4.19	1.7.19	1.10.19	2.1.20	31.3.20
54,—	47,75	74,25	66,—	67,75	56,90	51,50	27,10

Der Sieg hatte der Valuta des Landes um die Zeit des Waffenstillstandes eine außerordentliche Erholung auf 74,25 Anfang des Vorjahres gebracht. Die wirtschaftliche Niederlage aber, welche auch für Italien die Friedensabmachungen bedeuteten, hat jetzt den Sturz auf 27,10 herbeigeführt. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 247 v. 1. 4. 20.)

Die durch eine Verordnung des mexikanischen Präsidenten vom 10. 1. angekündigte Ausgabe von Papiergeld in kleinen Stücken zu 1 Peso und 50 Centavos hat unter den Ladenbesitzern und Hausierern Unsicherheit hervorgerufen. Es sollen nur für 15 Mill. Pesoscheine und für 10 Mill. Scheine zu einem halben Peso ausgegeben werden, und es muß Gold bei der Regierung hinterlegt werden, bevor die Ausgabe der Noten erfolgt. Trotzdem erklärten schon vor ihrer Ausgabe Anschläge, daß man die Noten nur mit einem Disagio von 40 % nehmen werde. („Wirtschaftliche Nachrichten der Auslandspress“, Nr. 303.)

In welch gewaltigem Umfange der Silberstrom nach Indien floß, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

	1916/17	1917/18	1918/19
aus Großbritannien..	52,65	16,11	56,98
aus anderen Ländern	56,87	63,29	180,21
Zusammen	109,52	79,40	237,19

Die Gesamteinfuhr von Silber betrug demnach in den letzten drei Jahren 426,11 Mill. Unzen, das sind $\frac{1}{4}$ der Welterzeugung überhaupt in diesem Zeitraum. Amerika ist daran mit 210 Mill. Unzen beteiligt. China wurden 146 Mill. an Münzen und Barren entzogen. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 222 v. 23. 3. 20.)

Die Goldproduktion in Transvaal stellte sich im Monat Februar auf 625 330 Unzen, die zu einem Preise von 85 s einen Wert von 2 657 653 £ darstellen. 17 412 Unzen wurden von Distrikten geliefert, die außerhalb des Witwatersrand liegen. Die Produktion im Januar belief sich auf 670 503 Unzen, diejenige des Monats Februar des letzten Jahres auf 636 728 Unzen. („Deutsche Bergwerks-Zeitung“, Nr. 83 v. 9. 4. 20.)

Kanadas Goldproduktion im Jahre 1919 wird auf 16 275 000 \$ geschätzt. („Times Trade Supplement“.)

Staatsanleihen

Das Staatsamt für Finanzen in Deutsch-Österreich hat neuerlich Schatzscheine von 500 Mill. K an die unter der Führung der Postsparkasse stehende Finanzgruppe begeben. Nach dem kürzlich veröffentlichten Berichte des Budgetausschusses waren bis zum Ende des Jahres 1919 insgesamt Schatzscheine ausgegeben worden, die nach Abzug des Erfordernisses für die Fälligkeiten 3695 Mill. K ausmachten. Im Monat Januar sind 953 Mill. K, im Februar eine Millarde K dazugekommen. Andererseits sind aber Schatzscheine, deren Verfallsfrist abgelaufen war, in einem nicht näher bekanntgegebenen Umfange eingelöst worden, so daß sich der genaue Umfang, beziehungsweise die Kreditermächtigung, welche die Finanzverwaltung noch besitzt, nicht bestimmen läßt. Dazu kommt jetzt die neue Emission von 500 Mill. K. Die Regierung hat durch das Nachtragsbudget einen Kredit von 2750 Mill. K erhalten. Auf Grund dieser Kreditermächtigung sind die letzten Schatzscheinbegebungen und die heutige Emission von zusammen $1\frac{1}{2}$ Milliarden K vollzogen worden. Die Kreditvollmacht ist also, abgesehen von den steten Fälligkeiten, noch nicht vollausgenutzt. Das Budget in seiner endgültigen Gestalt hat eine weitere Kreditermächtigung von 1600 Mill. K in Aussicht genommen. Das Budget ist zwar vom Ausschusse erledigt, vom Plenum der Nationalversammlung aber noch nicht verabschiedet worden. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 150 v. 1. 4. 20.)

Belgien wurde für vor einem Jahr von englischen und amerikanischen Finanzinstituten gewährte und jetzt fällige Vorschüsse in Rücksicht auf die Valuta ein Aufschub von zwei Jahren gewährt. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 246 v. 1. 4. 20.)

Die Zeichnungen auf die französische Anleihe überstiegen in den Vereinigten Staaten 97 Mill. fr. („Frankfurter Zeitung“, Nr. 245 v. 31. 3. 20.)

Neugründungen und Kapitalerhöhungen im März 1920.

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbegruppen	Neugründungen Akt.-Kap. in 1000 M.	Ausgaben in 1000 M.	Kapitalerhöhungen in 1000 M.	Ausgaben in 1000 M.
A.-G. Braunkohlengrube und Dampfziegel.						
Auguste bei Bitterfeld Grube Auguste	Bitterfeld	Bergbau	—	—	3440	106
Eintracht, Braunkohlenwke. u. Brikettfabr.	Neuwelzow	Hütten- und Salinenwesen	—	—	10000	115
Eisenhüttenw. Thale	Thale	„	—	—	4500	120
Eisenwerkges. Maximilianshütte	Rosenberg	„	—	—	26560	1)
Eisen- und Stahlwerk, Hoesch A.-G.	Dortmund	„	—	—	12000	2)
Grube Leopold bei Edderitz A.-G.	Edderitz	„	—	—	6000	100
Fritz Neumeyer A.-G.	Nürnberg	„	—	—	21000	100
Ver. Stahlwke. van der Zypen & Wissener.	Köln-Deutz	„	—	—	10000	150
Salzwerk Heilbronn	Heilbronn	„	—	—	3000	100
A.-G. der Geresheimer Glashüttenwerke	Düsseldorf und Erden	Steine	—	—	1000	100
Armit-Werke Oldenburg A.-G.	Oldenburg	„	150	106	—	—
Baustein- u. Cementw. A.-G. vorm. Munding	Mödingen	„	300	110	—	—
Brüggener A.-G. für Thonwaren-Industri.	Brüggen	„	—	—	300	100
Portland Cementfabrik Hardeggen A.-G.	Hardeggen	„	—	—	1000	100
Rhein-Westfäl. Kalkwerke A.-G.	Dornap	„	—	—	4500	100
Rendener Ziegelwerke A.-G. vorm. Clemens Dehner	Renden	„	—	—	500	110
H. B. Sloman & Co., Salpeterwerke A.-G.	Hamburg	„	—	—	1000	100
Somag, Sächs. Ofen- u. Wandplattenw. A.-G.	Meißen	„	—	—	500	110
Wicking'sche Portland-Cement- u. Wasserkalkwerke	Münster	„	—	—	1100	100
A.-G. der Hollerschen-Carlsh. b. Rendsburg	Hamburg	Metallverarbgt.	—	—	235	100
F. Butzke & Co. A.-G. für Metall-Industrie	Berlin	„	—	—	1500	115
Eisenw. G. Meurer A.-G.	Casselhaude	„	—	—	1000	110
Gustav Genschow & Co. A.-G.	Berlin	„	—	—	1600	102½
Arn. Georg A.-G.	Neuwied	„	—	—	1200	100
Kämmerich-Wke. A.-G.	Berlin	„	—	—	1250	130
Messingwerke A.-G.	Unna	„	—	—	1100	100
Sächs. Emailier-Stanzwerke vorm. Gebr. Gnüchtel A.-G.	Lauter	„	—	—	550	100
Hugo Schneider A.-G.	Paunsdorf	„	—	—	5500	120
Ferd. Wagner, Doublefabrik u. Estamperie	Pforzheim	„	—	—	300	145
Adlerwerke vorm. Heinr. Kleyer	Frankfurt	Industrie d. Maschin., App. usw.	—	—	18000	110
A.-G. Dampfesselfbr. vorm. Arthur Rodberg	Darmstadt	„	—	—	1000	100
Brückenbau Flender A.-G.	Benrath	„	—	—	3000	130
Dampfessel-Gasometerfabrik vorm. A. Wilke & Co.	Braunschweig	„	—	—	800	106
Deutsche Eisenbahnsignalw. vorm. Schnabel & Henning A.-G.	Bruchsal	„	—	—	5000	3)
R. Dollberg, Maschin- u. Feldbahnfabr. A.-G.	Rostock	Industrie d. Maschin., App. usw.	—	—	800	125
Dortmunder Vulkan A.-G.	Dortmund	„	—	—	1250	100

1) 132 280 Aktien je 200 M., davon 11 720 zu 100 % und 1560 Stück zu 180 %

2) Davon 7 Mill. Stammaktien zu 150 % und 5 Mill. Vorzugsaktien zu 100 %

3) Darunter 2500 Stammaktien je 1000 M. zu 107 % und 2500 Vorzugsaktien je 1000 M. zu 100 %.

Görlitzer Maschinenbau A.-G.	Görlitz	Industrie d. Maschin., App. usw.	—	—	300	115	Kammgarmsp. Meerane	Meerane	Spinnerei	—	—	1050	100
Georg Grauert A.-G.	Stralau	"	"	"	295	106	Meyer & Kauffmann, Textilwerke, A.-G. ...	Breslau	"	—	—	7000	110
Johannes Haag, Maschin.- u. Röhrenfabr. A.-G.	Augsburg	"	—	—	6000	115	Thür. Wollgarmsp. A.-G. ...	Leipzig	"	—	—	1750	125
Halle'sche Maschinenfabrik u. Eisengieß.	Halle	"	—	—	1800	120	Vogtl. Bourette- & Baumw.-Web., A.-G. ...	Rodewisch	"	300	100	—	—
Klein, Schanzlin & Becker A.-G.	Frankenthal	"	—	—	5000	4)	Melacar-Dach- u. Isolierpapier A.-G.	Charlottenburg	Papier	300	100	—	—
Magdeburger Mühlenwerke A.-G. (früher Magdeb. Mühlenwk. Nudel- u. Couleurfbr.)	Magdeburg	"	—	—	1400	110	Teisnacher Papierfabr.	Teisnach	"	—	—	400	143
Maschinen A.-G. Balke	Bochum	"	—	—	1400	160	A.-G. f. Lederfabrikat.	München	Led.- u. Gum.-Id.	—	—	1000	100
Maschinenbau A.-G. Tigler	Duisburg	"	—	—	700	100	A.-G. f. Isolationsmater.	Berlin	"	300	100	—	—
Maschinenbauanstalt A.-G.	Görlitz	"	—	—	300	115	Bremer Linoleumwerke Delmenhorst	Delmenhorst	"	—	—	275	Vorz. 100
Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe	Karlsruhe	"	—	—	5000	130	Lederw. Rothe, A. G. ...	Kreuznach	"	—	—	1000	107
Maschinenfabr. Weingarten vorm. Heinrich Schatz	Weingarten	"	—	—	900	120	Bayern-Werke f. Holzverwertung	München	Holz- u. Schnitzst.	300	100	—	—
Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Platz	Frankf. a. M.	"	—	—	300	100	Oscar Bretschneider, A.-G.	Sehma	"	960	100	—	—
Söhne A.-G.	Weinheim	"	—	—	1500	133	Otto Hetzer, A.-G. ...	Weimar	"	—	—	500	100
Mitteld. Motorpf. A.-G.	Magdeburg	"	1000	100	—	—	Hohenlohsche Nährmittelfabrik A.-G. ...	Langenburg	Nährgs.- u. Genußm.	—	—	300	100
Motor-Fahrzeug-Fabrik A.-G.	Frankf. a. M.	"	300	100	—	—	Zuckerraffin. Halle/S. Akt.- u. Ver.-Brauerei A.-G. (fr. Pad. Akt. Br.)	Halle a. S.	Brauereien u. Brennereien	—	—	3000	125
Mühlenbauanst. u. Maschinenf. v. Geb. Seck	Dresden	"	—	—	3000	108	Görlitz. Aktienbrauerei	Görlitz	"	—	—	200	100
Münch. Eggenfbr. A.-G. v. Fischer & Steffen	München	"	—	—	1300	107	Hofbrauhaus Coburg, A.-G.	Coburg	"	—	—	200	100
Neue Motorenf. A.-G.	Magdeburg	"	20	100	—	—	Schultheiß-Br., A.-G.	Berlin	"	—	—	7000	7)
"Panzer" A.-G.	Berlin	"	—	—	600	110	Sinner A.-G. (früh. Ges. f. Brauerei, Spiritus u. Preßhefefabrikate)	Grünwinkel	"	—	—	7000	115
"Prestowerke" A.-G.	Chemnitz	"	—	—	1500	125	Union, Leipz. Preßhefefab. u. Brennerei A.-G.	Leipzig	"	—	—	300	100
Sondermann & Stier, A.-G.	Chemnitz	"	—	—	1000	108	Berl. Wäschefabr. A.-G., vorm. Gebr. Ritter	Berlin	Bekleidg.	—	—	1000	8)
Wotan-Werke, A.-G.	Leipzig	"	—	—	2150	125	Höfer, Hockemeyer & Stadler, A.-G.	Siebenlehn	"	—	—	1225	100
Ludw. Hupfeldt, A.-G.	Böhlitz	"	—	—	2500	100	Ed. Lingel, Schuhfabr. A.-G.	Erfurt	"	—	—	3500	100
Polyphonwerke, A.-G.	Wahren	"	—	—	5000	5)	A.-G. f. Beton u. Monierbau	Berlin	Baugew.	—	—	2500	113
Uhrenfabrik vorm. L. Furtwang & Sohn	Furtwangen	"	—	—	1118	111 1/2	Industriebau A.-G. ...	Kattowitz	"	—	—	1200	100
Ver. Freiburger Uhrenfabriken, A.-G.	Freiburg	"	—	—	3750	100	Deutsche Verlagsanst.	Stuttgart	Graph. Gewerbe	—	—	2000	130
Dr. Cassirer & Co., A.-G.	Charlottenburg	Elektrotechn. Industrie	6000	100	—	—	A.-G. f. internationalen Warenverkehr	Neukölln	Handel	300	100	—	—
Fabrik isol. Drähte zu elekt. Zwecken, vorm. E. J. Vogel, Telegraphendrahtfabrik	Berlin	"	—	—	4000	130	Deutsch-Argentinische Import- u. Exp.-A.-G.	Berlin	"	100	100	—	—
Kabelw. Duisbg., A.-G.	Duisburg	"	—	—	3000	110	Deutsch-Iberische Handels-A.-G.	"	"	200	100	—	—
Kabelwerk zu Rheydt	Rheydt	"	—	—	8000	120	Dünger-Handelsaktiengesellschaft zu Dresden	Dresden	"	—	—	1000	110
Concordia, Elektrizit.-A.-G.	Düsseldorf	Elektrizit.	—	—	1700	100	Handels A.-G. Benthien, Brunck & Co.	Hamburg	"	300	100	—	—
Überlandzentr. Belg.	Belgard	"	—	—	4600	100	Mitteld. A.-G. f. Braunkohlenverwertung	Berlin	"	10	100	—	—
Chem. Fabr. v. Heyden, A.-G.	Radebeul	Chem. Ind.	—	—	5000	6)	Oceana, A.-G. für Import- u. Exporthand.	Charlottenburg	"	100	100	—	—
Leimwerke Joh. Pfeffer A.-G.	Memmingen	"	300	100	—	—	Waren Einkaufsverein zu Görlitz A.-G. ...	Görlitz	"	—	—	1000	100
Nitritfabrik A.-G.	Köpenick	"	—	—	750	118	Altenburger Sparbank	Altenburg	Bank	—	—	700	120
Permutit A.-G.	Berlin	"	—	—	1000	100	Bank u. Handels-A.-G.	Danzig	"	100	100	—	—
Rüttgerswerke A.-G.	"	"	—	—	7500	125	Banque de la Sarre et de Pays Rhenans A.-G.	Saarbrücken	"	—	—	19700	100
August Wegelin A.-G. (früh. — f. Rußfabr. u. chem. Industrie)	Köln	"	—	—	2400	100	Braunschweigische Privatbank	Braunschweig	"	—	—	4000	111
Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber A.-G.	Nürnberg	Farben	—	—	2400	114	Nordslevigs Bank A.-G.	Tondern	"	—	—	3700	100
Schrammsche Lack- u. Farbenfabriken A.-G.	Offenbach	"	—	—	1250	100	Gemeinnützige Heimstätten A.-G.	Breslau	Immobil.	100	100	—	—
A.-G. f. Lackfabrikation	Hamm	Ölen. Fette	—	—	300	100	Gemeinnützige Heimstätten A.-G.	Gelsenkirchen	"	50	100	—	—
Heine & Co., A.-G.	Leipzig	"	—	—	2400	125	Internationale Assekuranz A.-G.	Berlin	Versichg.	—	—	2700	100
Standard Trust A.-G.	Zappot	"	50	100	—	—	"Pharus", Allg. Versicherungs A.-G. ...	"	"	300	100	—	—
Eilenburger Kattun-Manufaktur A.-G.	Eilenburg	Spinnerei	—	—	300	100	Hamb.-Amer. P. A.-G.	Hamburg	Seeschiffahrt	—	—	5000	100
Kammgarmspinnerei Schedewitz, A.-G.	Schedewitz	"	—	—	600	115	Oppelner Hafen A.-G.	Oppeln	Binnenschiff.	—	—	300	100
							"Oculus", Deutsche Industriebewach.-A.-G.	Düsseldorf	Sonstige	150	100	—	—

1) Darunter 3000 Stammaktien je 1000 M. zu 107 % und 2000 Vorzugsaktien je 1000 M. zu 112 %

2) Darunter 4 Mill. M. Stammaktien zu 132 % und 1 Mill. M. Vorzugsaktien zu 100 %

3) Davon 3 Mill. M. Stamm- und 2 Mill. M. Vorzugsaktien.

Zusammen 11930 322588

7) Davon 2 Mill. M. zu 100 % und 5 Mill. M. zu 145 %

8) Davon 750 Aktien je 1000 M. zu 125 % und 250 Aktien je 1000 M. zu 130 %

Gesellschaften mit beschränkter Haftung im 1. Vierteljahr 1920

Gewerbegruppen	Stammkapital		Kapitals- erhöhungen	
	Zahl der Ges.	in 1000 M.	Zahl der Ges.	in 1000 M.
Land- und Forstwirtschaft	9	457	1	300
Tierzucht und Fischerei	2	4020	—	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen ..	13	1590	2	18010
Industrie der Steine und Erden	86	6807	9	556
Metallverarbeitung	75	5562	20	7443
Industrie d. Maschin., Apparate u. dgl.	136	7341	15	4206
Schiffswerften	3	1700	—	—
Elektrotechnische Industrie	53	3016	5	1236
Elektrizitätserzeugung	6	732	1	50
Chemische Industrie	78	4543	8	634
Seifen, Fette, Öle, Firnisse u. dgl. ..	16	1446	5	1251
Gas- und Wasserbesorgung	—	—	—	—
Spinnstoffgewerbe	16	4006	7	3960
Papierindustrie	8	390	4	836
Leder- und Gummiindustrie	13	525	4	490
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	69	3637	4	229
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	64	9488	8	10349

Gewerbegruppen

	Stammkapital		Kapitals- erhöhungen	
	Zahl der Ges.	in 1000 M.	Zahl der Ges.	in 1000 M.
Brauereien, Mälzereien	2	1020	4	4494
Bekleidungsgewerbe	20	988	—	—
Reinigungsgewerbe	1	21	—	—
Baugewerbe	54	4011	4	333
Vervielfältigungsgewerbe, Anzeigenbü- ros, künstlerisches Gewerbe u. dgl.)	140	8594	19	2258
Handelsgewerbe	710	45458	41	6493
Banken	13	1050	—	—
Immobilienhandel und -Verwertung ..	233	19744	4	529
Versicherungsgewerbe	6	290	—	—
Verkehrsgewerbe	48	3989	5	629
Eisenbahnen	1	60	—	—
Fluß- und Küstenschifffahrt	4	400	—	—
Seeschifffahrt	8	2470	—	—
Gast- und Schankwirtschaft	22	2393	2	60
Musik, Theater- u. Schaustellungsgew.	14	559	—	—
Sonstige Gesellschaften	44	2372	2	90
Zusammen	1967	148679	174	64436

Fab. Landau

Schifffahrt und Schiffbau

Vereinigte Staaten

Die amerikanische Handelsflotte und die Ölfrage. Unter den Problemen, von deren Lösung die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Schifffahrt abhängt, steht die Frage der künftigen ausreichenden Versorgung der Flotte mit flüssigem Brennstoff mit an erster Stelle. Weitans die meisten der im Auftrage des Schifffahrtsamtes gebauten und noch zu bauenden Schiffe — das gesamte Bauprogramm, das voraussichtlich Ende dieses Jahres durchgeführt sein dürfte, umfaßt eine Tonnage von 13 592 700 Tragfähigkeitstonnen oder etwa 9 Mill. Br. R. T. — sind Ölbrenner und auch von den für amerikanische Privatreedereien zurzeit in Arbeit befindlichen Neubauten wird die Mehrzahl mit Anlagen für Ölfeuerung ausgerüstet werden. Die Handelsflotte der Vereinigten Staaten ist also mehr als die irgend eines andern Schifffahrtslandes auf Ölfeuerung eingestellt. Führende Männer der amerikanischen Schifffahrt haben in diesem Umstande bisher die beste Gewähr für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer neuen Flotte gesehen. So bekämpfte Edward N. Hurley, der frühere Leiter des Schifffahrtsamtes, erst jüngst in einer vielbemerkten Auslassung die von den Privatreedern gegen den hohen Kaufpreis der Regierungsschiffe geltend gemachten Bedenken mit dem nachdrücklichen Hinweis auf den Vorteil, den die amerikanischen Schiffe als Ölbrenner gegenüber den auf Kohlenfeuerung angewiesenen Schiffen anderer Flaggen bieten. „Der Hauptgrund, der das Privatkapital veranlassen sollte, sich am Erwerb der Regierungsschiffe zu den gegenwärtig geforderten hohen Preisen zu beteiligen, liegt in der Tatsache, daß 80 % unserer staatlichen Flotten flüssigen Brennstoff verwenden, während beispielsweise von den britischen Schiffen nur etwa 5 % für Ölfeuerung eingerichtet sind. Die Verwendung von Öl als Antriebsstoff bedeutet für unsere Schifffahrt geringere Mannschaftskosten und größere Leistungsfähigkeit und wird einen der britischen oder skandinavischen Reederei g. gegenüber etwa vorhandenen Mangel unserer Reeder an Erfahrung ausgleichen.“

Man muß dem amerikanischen Schifffahrtsamt zugeben, daß es gewisse für die künftige Versorgung seiner Schiffe mit flüssigem Brennstoff nötige Maßnahmen, wie die Schaffung zahlreicher, zweckmäßig gelegener Bunkerstationen und den Bau einer dem voraussichtlichen Umfang der künftigen Öltransporte angemessenen Tankdampferflotte, mit Umsicht und Energie in Angriff genommen hat. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind nicht nur in allen wichtigeren heimischen Häfen, sondern auch im Ausland an für die amerikanische Schifffahrt besonders wichtigen Stützpunkten — in St. Thomas, Punta Delgada, Brest, Bizerta, Konstantinopel, Colombo, Manila, Shanghai, Honolulu, Sydney, Rio de Janeiro und Durban — nach einheitlichen großzügigen Plänen zum Teil durch das Schifffahrtsamt selbst zum Teil auf seine Anregung durch die Standard Oil Co., die Vacuum Oil Co. oder die West India Oil Co. Ölreservoirs von beträchtlichem Fassungsvermögen entstanden. Eine Anzahl dieser ausländischen Stationen werden

bereits als betriebsfertig gemeldet. Mit ähnlicher Schnelligkeit erfolgt der Ausbau der amerikanischen Tankdampferflotte. Mitte vorigen Jahres stellte sich die Tankdampferflotte der Vereinigten Staaten auf etwa 1 Mill. Br. R. T., heute umfaßt sie bereits nahezu 1½ Mill. Br. R. T., und nach den letzten Ausweisen lagen vor kurzem noch etwa 250 000 Br. R. T. für das Schifffahrtsamt und nahezu 600 000 Br. R. T. für private Besteller auf Stapel, so daß die Flotte in absehbarer Zeit — die amerikanischen Werften bauen bekanntlich Tankschiffe in Eiltempo — einen Umfang von mehr als 2¼ Mill. Br. R. T. erreicht und damit die britische Tankdampferflotte beträchtlich überflügelt haben wird.

Wenn diesen vorbereitenden Maßnahmen gegenüber die Frage der künftigen Beschaffung der erforderlichen Ölmengen selbst bisher weniger in den Vordergrund getreten ist, so kann das in einem Land, das weitaus der größte Ölproduzent der Welt ist und das außer den eigenen Quellen auch die des benachbarten zweiten Ölproduktionslandes Mexiko seinem Bedarf nutzbar zu machen sich gewöhnt hat, nicht Wunder nehmen.

Die Ölerzeugung der verschiedenen Länder stellte sich im Jahre 1918 wie folgt:

	Barrels	%
Vereinigte Staaten	355 927 716	69,15
Mexiko	63 828 327	12,40
Rußland	40 456 182	7,86
Niederländisch-Indien	13 284 936	2,58
Rumänien	8 730 235	1,70
Indien	8 000 000	1,55
Persien	7 200 000	1,40
Galizien	5 591 620	1,09
Peru	2 536 102	0,49
Japan und Formosa	2 449 069	0,47
Trinidad	2 082 068	0,40
Ägypten	2 079 750	0,40
Argentinien	1 321 315	0,26
Deutschland	711 260	0,14
Kanada	304 741	0,06
Venezuela	190 080	0,04
Italien	35 953	0,01

Zusammen ... 514 729 354 100,00

Die Vereinigten Staaten mit ihren reichen Ölfeldern in Oklahoma, Kalifornien, Kansas, Texas, Louisiana, Illinois, Wyoming liefern also mehr als zwei Drittel der Weltproduktion. In der Reihe der mineralischen Erzeugnisse der Union nehmen Öl und Ölprodukte dem Werte nach den dritten Platz ein; es wurden 1918 gewonnen:

Kohle im Werte von	1 465 000 000 \$
Roheisen „ „ „	1 180 759 565 „
Öl „ „ „	690 190 000 „

Für 1919 wird die Ölproduktion der Vereinigten Staaten auf etwa 376 Mill. Barrels, die Größe der am Ende dieses Jahres vorhandenen Vorräte auf 132 Mill. Barrels geschätzt.

Noch gewaltiger ist indessen der Verbrauch. Die Ausdehnung der amerikanischen Motorenindustrie, der Luftschiffahrt, ferner die zunehmende Verwendung von Öl anstatt Kohle in manchen Industrien, z. B. in Textil- und Papierfabriken, sowie für Heizzwecke in Geschäftsgebäuden und Wohnhäusern haben namentlich in den letzten Jahren einen rasch wachsenden Bedarf entstehen lassen. Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig Verbraucher von etwa 75 % der Weltproduktion an Öl. Ihre Eigenherzeugung reicht demnach für ihren Bedarf nicht aus, um so weniger als ein beträchtlicher Teil des im Lande gewonnenen Öls ausgeführt wird. In der Exportliste der Union steht Mineralöl der Menge nach an zweiter Stelle: 61,8 Mill. Barrels im Werte von 344 1/4 Mill. \$ sind im Jahre 1919 ausgeführt worden. Es war deshalb ein wachsender Import zumeist mexikanischen Öls nötig, der beispielsweise im Jahre 1919 den Export um 47 Mill. Barrels übertraf.

Die Vereinigten Staaten sind also trotz ihrer riesigen Eigenproduktion ein ölführendes Land, dessen Bedarf erheblich schneller als die Ausbeute seiner Ölquellen wächst. Daß bei dieser Lage der Dinge und angesichts des bevorstehenden neuen großen Bedarfs der amerikanischen Handelsflotte die Sorge der Sachverständigen sich mehr und mehr der Frage der künftigen Ölbeschaffung zuwendet, ist aus manchen Mitteilungen der letzten Zeit erkenntlich. Auf der im Februar stattgehabten Zusammenkunft des American Institute of Mining and Metallurgical Engineers wies Mr. G. Otis Smith, der Direktor der U. S. Geological Survey auf die für die Union immer dringender werdende Notwendigkeit hin, sich bei Zeiten ausreichende Ölbezugsgelegenheiten zu sichern. Er hielt nicht mit der Behauptung zurück, daß die Lage der Vereinigten Staaten hinsichtlich der künftigen Ölversorgung als recht prekär zu bezeichnen sei, denn selbst bei einer die Erzeugungsmenge des letzten Jahres nicht überschreitenden Produktion würden die nach Ansicht der Geologen noch vorhandenen Ölreserven des Landes in ungefähr 20 Jahren erschöpft sein. Nach einer von sachverständiger Seite gegebenen Schätzung sei ohne den Bedarf der Schifffahrt bereits eine jährliche Mehrerzeugung von 52 Mill. Barrels nötig, um die wachsende Nachfrage zu befriedigen und die zu erwartende abnehmende Ergiebigkeit mancher älterer Bohrungen auszugleichen. Wie das Land den neu hinzutretenden Anforderungen seiner Schifffahrt im Wege einer Steigerung seiner Eigenproduktion genügen wolle, sei nicht abzusehen. Der einzige Weg, der sich böte, sei, daß das amerikanische Kapital ungesäumt darangehe, sich an der Entwicklung ausländischer Ölindustrien zu beteiligen und sich einen möglichst großen Anteil an ihrer künftigen Produktion zu sichern.

Nicht weniger eindrucksvoll und in ihren Wirkungen auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten geradezu alarmierend gestalteten sich die Darlegungen eines anderen Sachverständigen, Mr. Wellivers, der Anfang März die Ölfrage vor dem „Committee on Commerce“ des Senates erörterte. Er vertrat die Ansicht, daß die Zukunft sowohl der amerikanischen

Kriegsmarine wie der Handelsmarine durch die bevorstehende Erschöpfung der heimischen Ölquellen ernstlich bedroht sei. Seine Ausführungen erhielten ihre besondere Resonanz durch den Umstand, daß der um dieselbe Zeit vom Schiffsahrtsamt unternommene Versuch, den Ölbedarf für die amerikanischen Regierungsschiffe für die nächsten sechs Monate am Markte zu decken, zu einem künftigen Mißerfolg geriet hatte. Mr. Welliver wies auf die lockhaften und erfolgreichen Beziehungen des britischen Kapitals hin, sich die Kontrolle über die wichtigsten und aussichtsreichsten Ölfelder der Welt zu sichern. So stünde beispielsweise die Royal Dutch Shell Co., ein Konzern, der über ein Kapital von 500 Mill. \$ verfüge und neben den reichen Ölquellen auf Java Bohrungen auf Borneo, in Siam, Indien, Rumänien, Persien, Columbien, Mexiko, ja in den Vereinigten Staaten selbst und auf den Philippinen besitze, völlig unter britischem Einfluß. Das Ergebnis der britischen Bemühungen würde sein, daß die britischen Schiffe überall in der Welt Bunkerbelegenheiten finden, während sie der amerikanischen Schifffahrt fehlen würden. Gründliche Information nicht nur über die heimischen Ölverhältnisse, sondern auch über diejenigen Mexikos und der südamerikanischen Staaten sowie Bekämpfung jeder gegen die Union gerichteten Politik im Öllexport dieser Staaten seien die Maßnahmen, die sich für die Regierung aus der gegenwärtigen Lage ergäben.

Nach diesen eindringlichen Warnungsrufen dürfte die Ölfrage drüben nicht so bald wieder aus der öffentlichen Diskussion verschwinden. Daß die Verfügung über ausreichende Ölreserven für die Wirtschaftskraft eines Landes und namentlich auch für seine Stellung in der Schifffahrt ein Faktor von allergrößter Bedeutung ist, unterliegt keinem Zweifel. Es läßt sich deshalb mit einiger Sicherheit voraussehen, daß die Zukunft einen Wettkampf der beiden führenden Wirtschaftsmächte um die Ölschätze der Welt bringen wird, der mit allen Mitteln politischer und wirtschaftlicher Einflußnahme ausgekämpft werden dürfte. Beide finden innerhalb ihrer politischen Grenzen keine Deckung ihres Bedarfes. Außer Indien und Trinidad besitzt das britische Reich keine beachtenswerten Ölproduktionsstätten. Dafür hat es aber sich in Persien, Ägypten, im fernen Osten und in Rumänien bereits wichtige und aussichtsreiche Hilfsreservoirs für seine Ölversorgung zu sichern verstanden. Für die Vereinigten Staaten, die mit dem kürzlich vom Kongreß angenommenen Ölgesetz einen beachtenswerten Schritt zur Nutzbarmachung noch unerschlossener Ölländereien in Kalifornien, Montana, Utah usw. getan haben, wird wohl die Erweiterung ihres bisherigen Einflusses auf die mexikanische und südamerikanische Ölindustrie das nächste Ziel sein. Von dem Erfolg, den diese Bemühungen um die Sicherung einer größeren Öleinfuhr haben werden, dürfte es abhängen, wie weit künftigen Schwierigkeiten, die der amerikanischen Schifffahrt aus einer unzureichenden Versorgung mit diesem wertvollen Rohstoff drohen würden, vorgebeugt werden kann.

A. K.

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Allgemeines

„Lebens-Erinnerungen“ und „Politische Denkwürdigkeiten“ von Botschaftsrat a. D. Hermann Frhrn. v. Eckardstein. Bd. 1. 2. Leipzig: List 1919. 1920.

Bd. 1 (Lebenserinnerungen) bringt interessante persönliche Erlebnisse des Verfassers, dessen Wirksamkeit hauptsächlich auf London in die Jahre 1891 bis 1902, zum Teil noch bis 1907 fällt. Das Buch ist glänzend geschrieben, mit zahlreichen Abdrucken von Urkunden und Briefen, oft im Faksimile, versehen. Mit allen führenden Männern des damaligen politischen Lebens ist der Verfasser zusammengekommen, im öffentlichen Leben Englands war er eine prominente Persönlichkeit. Unter diesen Umständen bietet das Buch nicht nur amüsanten Diplomatenskitsch, sondern eine Fundgrube von Aufklärungen über Vorgänge der neuesten Geschichte. Besonders aber an

Bd. II (Politische Denkwürdigkeiten) darf der Historiker nicht vorübergehen. Das große Problem des deutsch-britischen Gegensatzes hat Eckardstein drohend aufsteigen sehen und trotz seiner ein Jahrzehnt umfassenden Bemühungen, im Bismarcksehen Sinne ein Bündnis Deutschlands mit England und auch Japan herbeizuführen, wozu dreimal ernste Geneigtheit auf anderer Seite bestand, nicht bannen können. Die Schuld liegt nach seiner Darstellung bei dem Kaiser, Holstein, Tirpitz und Bülow. Erwähnt sei noch, daß das Buch auch kolonialpolitisch — Sansibarabkommen, Samoavertrag — ganz neue Schlaglichter wirft.

Hans Zache

„Kritik der dreifachen Revolutions-Apologie.“ Von Walther Rathenau. Berlin: Fischer 1919. 125 S. 2,25 M.

„Die neue Gesellschaft.“ Von Walther Rathenau. Berlin: Fischer 1919. 101 S. 2,— M.